Barrierefrei vor Ort

planen – bauen - leben

1. Landestagung
Mittwoch, 14. Oktober 2015
Haus der Wirtschaft
Stuttgart

Dokumentation

Unterstützt vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg

Inhalt

Vorwort 4

Begrüßung durch Gerd Weimer 5

Begrüßung durch Helmut Müller 12

Das Netzwerk Barrierefreies Bauen 13

Frage 1 24

Frage 2 31

Frage 3 41

Zusammenfassung der Übung 51

„Barrierefreiheit geht alle an“ – Planungsbeteiligung - ein Erfahrungsbericht. 55

Die Foren 77

Forum 1 Wohnen geeigneter Wohnraum für alle 77

Forum 2 Mobilität bauliche Gestaltung der Haltestellen, Schnittstellen, 78

Forum 3 Öffentlicher Raum Steigerung der Aufenthaltsqualität 80

Fazit 82

Impressum 83

Projektpartner 83

Referenten 83

Foren 84

Vorwort

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die unterzeichnenden Staaten zu einer inklusiven Gesellschaft verpflichtet. Die Umsetzung ist einerseits gesetzlich geregelt, andererseits aber auch eine gesellschaftliche Aufgabe.

Mit deutscher Gründlichkeit sind alle Details geregelt. Dennoch gibt es Unklarheiten und Missverständnisse.

Diese lassen sich aber aus dem Weg räumen – im Dialog.

Der große Zuspruch zu der Tagung und auch die positiven Reaktionen zeigen das Interesse, miteinander Lösungen zu entwickeln.

Diese Dokumentation soll zum einen die Tagung zusammenfassen.

Wir haben uns bemüht, die Vorträge inhaltlich zu rekapitulieren.

Wir wollen aber auch ein Fazit ziehen und einen Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit werfen.

Allen Beteiligten an dieser Tagung, allen voran dem Team des Landes-Behindertenbeauftragten, sei für die tolle Zusammenarbeit herzlich gedankt.

Dieses Projekt wurde unterstützt vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg

Begrüßung durch Gerd Weimer

Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Sehr geehrte Damen und Herren,
herzlich willkommen zur ersten Landestagung „Barrierefreiheit vor Ort“.
Ich freue mich riesig, dass so viele Interessierte heute in das Haus der Wirtschaft gekommen sind. Und wenn ich sage zur ersten Landestagung, dann ist die Botschaft klar: Wir wollen diese Veranstaltung zum Periodikum machen, wir wollen, dass es einen regelmäßigen fachlichen Austausch aller Beteiligten gibt. Wir wollen deshalb, dass es eine zweite und eine dritte Landestagung gibt.

Ich darf Sie sehr herzlich von der Schirmherrin dieser Veranstaltung grüßen, von Frau Ministerin Katrin Altpeter! Sie kann heute leider nicht hier sein, da mittwochs Plenartag ist und wegen knapper Mehrheitsverhältnisse Präsenzpflicht besteht.

Die Ministerin begrüßt die erste Veranstaltung dieser Art im Land und führt u.a. in ihrem Beitrag im Einladungsflyer zum heutigen Tag aus, dass die Umsetzung der Inklusion eine große Herausforderung darstellt. Neben gesellschaftlichen Barrieren seien es vor allem bauliche Hindernisse, die zu beseitigen seien. Dabei sei die Einbeziehung der persönlichen Kompetenzen der Menschen mit Behinderung von

zentraler Bedeutung. Nur im offenen Dialog zwischen Kommune, Planer, Investoren und Betroffenen könnten Barrieren zielorientiert abgebaut werden.

Genau das ist der Ansatz dieser Veranstaltung:
Wir wollen zum einen

- ⇨ Betroffene, also Experten in eigener Sache
- ⇨ Verbände
- ⇨ kommunale Entscheidungsträger
- ⇨ Wohnungswirtschaft
  und
- ⇨ Planer und Architekten

zusammenbringen!

Und wir wollen zum anderen ein landesweites Netzwerk als Kommunikationsplattform aller Akteure auf den Weg bringen.

Wir haben mit dem novellierten Landes-Behindertengleichstellungsgesetz als erstes Bundesland Behindertenbeauftragte für die Stadt- und Landkreise verpflichtend eingeführt. Mit diesem Netzwerk tragen wir die Inklusion in die Fläche.

Der Schlüssel für mehr Barrierefreiheit liegt im sozialen Nahraum.
Die Kommunalpolitik hat den Schlüssel für eine inklusive Gesellschaft in der Hand.

Und deshalb werden wir Ende dieses Jahres in ganz Baden-Württemberg, in allen 44 Stadt- und Landkreisen, professionelle und kompetente Strukturen haben.

Aber die Profis benötigen auch Gesprächspartner vor Ort, Experten, die sich in eigener Sache mit ihrem Sachverstand in Entscheidungsprozesse einbringen können.
Meine Damen und Herren, ich bin immer wieder positiv überrascht: Es gibt so viele ehrenamtliche Treffpunkte, Initiativen, Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerforen vor Ort, dass man die Vielfalt kaum überblicken kann.
Der heutige Tag soll quasi der Auftakt für ein gegenseitiges Kennenlernen und Netzwerken sein.

Wenn wir von Barrierefreiheit vor Ort reden, um was geht es dabei ganz konkret?
Lassen Sie mich zunächst feststellen: Wir fangen nicht bei Null an.
Der Landesaktionsplan[1] zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention steht - er listet allein im Kapitel Barrierefreiheit auf 24 Seiten 30 konkrete Maßnahmen und Projekte für mehr Barrierefreiheit auf!
Und es wird auch schon umgesetzt, was ich anhand folgender Beispiele deutlich machen möchte:

- ⇨ mit der landesweiten Kampagne DU, ICH, WIR [2] sollen Barrieren in den Köpfen abgebaut werden. Die an alle Bürgerinnen und Bürger adressierten Flyer stoßen auf große Nachfrage und mussten zum Teil nachgedruckt werden.
- ⇨ ich erinnere an die gemeinsame Zielvereinbarung mit dem Sparkassenverband

[1] Landesaktionsplan: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm /intern/downloads/Downloads_Menschen_mit_Behinderungen/Aktionsplan_UN-BRK_2015.pdf

[2] DU, ICH, WIR: http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/msm/intern/downloads/Downloads_Menschen_mit_Behinderungen/Aktionsplan_UN-BRK_2015.pdf

- ⇨ der SWR hat die Anzahl der Sendungen mit Untertitel deutlich erhöht
- ⇨ das Landesamt für Denkmalpflege hat eine Projektgruppe eingerichtet, die sich mit dem „scheinbaren Gegensatz“ von Barrierefreiheit und Denkmalschutz befasst und u.a. mit Best-Practice-Beispielen Mut zum Nachahmen macht
- ⇨ Kommunen sind wichtige Partner, das Sozialministerium unterstützt moderierend und durch Projektförderungen, wie zum Beispiel im Rahmen der Impulse Inklusion oder der Förderung der Beratungsstellen, Inklusion bei den kommunalen Landesverbänden

  ⇓

  der Städtetag hat eine Arbeitshilfe zur Erstellung von kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet[3]

  der Gemeindetag hat die letzte Ausgabe von „Der Gemeinde“ ganz dem Thema Inklusion gewidmet [4]
- ⇨ Als richtungsweisende Projekte gibt es 5 lokale Inklusionskonferenzen auf Kreisebene

Das sind alles gute und richtige Schritte in die richtige Richtung.
Aber am Ziel sind wir noch lange nicht.

Das Deutsche Institut für Urbanistik geht davon aus, dass insgesamt 53 Mrd. Euro erforderlich sind, um eine umfassend barrierefreie Umwelt zu erreichen.

[3] "Kommunale Aktionspläne Inklusion", http://staedtetag-bw.de/Lebensraum-Stadt/Inklusion-Kommunal/Dokumente

[4] Schwerpunktheft des Gemeindetags: https://www.gemeindetag-bw.de/shop/bwgz-jahrgang-2015-ausgabe-17

Dabei wissen wir alle, dass die kommunalen Kassen notorisch klamm sind. Von daher bedaure ich es zutiefst, dass die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte Koppelung des Bundesteilhabegesetzes mit der Entlastung der Kommunen zwischenzeitlich aufgegeben wurde. Ich kann nur hoffen, dass die Kommunen dieses zusätzliche Geld auch zur Schaffung von Barrierefreiheit einsetzen und damit die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessern.

Den größten Handlungsbedarf sehe ich persönlich im Augenblick beim Thema „finanzierbarer barrierefreier Wohnungsbau“.

Meine Damen und Herren, ich finde es abstrus, dass es der Diskussion über die Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen bedurfte, um auf ein Problem hinzuweisen, was schon lange einen Hemmschuh für eine inklusive Gesellschaft, eine barrierefreie Umwelt darstellt, nämlich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, vor allem in den Städten unseres Landes!

Dieser Skandal ist hausgemacht, denn Bund und Land haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten klammheimlich vom Acker gemacht.

2011 förderte das Landeswohnraumförderungsprogramm gerade einmal 74 Sozialwohnungen.

Die jetzige Regierung verzehnfachte ihr Programm, das sind 700 Wohnungen, aber auch das ist jetzt nur ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man bedenkt, dass in Stuttgart 30.000 Bürger mit Wohnberechtigungsscheinen leben.

Der Minister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid hat jüngst zu einem Wohnungsgipfel eingeladen.
Davon erwarte ich zweierlei:

- ⇨ Ein sattes Wohnbauprogramm, wo Bund und Land gemeinsam jetzt richtig Geld in die Hand nehmen und so wie in den 90er Jahren, während des Jugoslawienkrieges, 100.000 Wohnungen pro Jahr öffentlich gefördert wurden.
- ⇨ Und zweitens warne ich dringend davor, beim Thema „Barrierefreies Bauen“ das Rad zurück drehen zu wollen!
  Vor einem Jahr wurde die Landesbauordnung novelliert, und wir haben jetzt eine gute Landesbauordnung.
  Die Wohnungen, die jetzt gebaut werden, werden für 50, 60, 70 Jahre oder mehr gebaut. Und wir alle werden älter, auch Migranten. Alle Menschen werden in Zukunft verstärkt auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sein, deshalb Hände weg von den Regelungen der Landesbauordnung, was Barrierefreiheit betrifft.

Dasselbe gilt für die DIN 18040-1 und die DIN 18040-2, die seit 31.12.2014 verbindlich als bautechnische Bestimmungen eingeführt sind.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich zum Schluss kommen und nochmals zum Ausdruck bringen:
die erste Landestagung „Barrierefrei vor Ort“ ist eine gemeinsame Veranstaltung

- ⇨ der Architektenkammer
- ⇨ des Dachverbands Integratives Planen und Bauen
- ⇨ der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Baden-Württemberg
- ⇨ des Kommunalverbands für Jugend und Soziales
- ⇨ und meiner Geschäftsstelle.

Den Anstoß dazu hat der Dachverband Integratives Planen und Bauen gegeben, dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Dank aber auch an die vier Kooperationspartner und vor allem denjenigen, die unmittelbar in die Vorbereitung involviert waren.

So eine Veranstaltung nebenher zum Alltagsgeschäft zu stemmen, ist eine Leistung.
Nun wünsche ich der Veranstaltung gute Erkenntnisse.

Begrüßung durch Helmut Müller

1. Vorsitzender des DIPB e.V.

Sehr geehrter Herr Landesbeauftragter Weimer,

sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

Es ist ein seit 20 Jahren gehegter Wunsch, alle in Baden-Württemberg, die sich mit Barrierefreiheit befassen, zusammenzubringen.

Vor anderthalb Jahren konnten wir den Landdes-Behindertenbeauftragten, den KVJS, die Architektenkammer für diese Idee begeistern und seither läuft die Vorbereitung.

Und nun geht heute der Wunsch in Erfüllung.

Herzlich willkommen!

Wir haben für Sie im Wesentlichen zwei Angebote an diesem Tag:

⇨ Einerseits, Informationen, interessanten Ansätze und Lösungen zu erfahren zum Thema bauliche Gestaltung der Barrierefreiheit.

⇨ Andererseits zu erfahren: Wer ist noch aktiv in meiner Region oder auf meinem Fachgebiet.

Deshalb die Fähnchenwand und das Formular, um ein Netzwerk zu gründen und heute schon erste Kontakte zu schließen.

Ich wünsche Ihnen einen ergiebigen, interessanten Tag!

Und damit übergebe ich an unseren Projektleiter Oliver Appel.

Das Netzwerk Barrierefreies Bauen
Oliver Appel, Vorstand des DIPB e.V.

Der DIPB

Wer ist das eigentlich, der Dachverband integratives Planen und Bauen, DIPB?

DIPB ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit 1996 dafür einsetzt, die gebaute Umwelt von Barrieren zu befreien.

Und zwar nicht nur die offensichtlichen Barrieren für Rollstuhlfahrer, sondern auch die nicht so ersichtlichen für Blinde und Sehbehinderte, Schwerhörige und Gehörlose und für Menschen mit kognitiven Einschränkungen.

Unser Verein ist sehr inklusiv aufgestellt. Unsere Mitglieder sind mit den unterschiedlichsten Hilfsmitteln ausgestattet, Rollstühle mit oder ohne Antrieb, Langstöcke, Hörgeräte, Brillen. Wir haben sogar Mitglieder, die ohne Hilfsmittel auskommen.

Wir nennen uns deswegen Dachverband, weil wir nicht nur aktive Mitglieder haben, sondern auch 12 Vereine und Institutionen, die sich ebenfalls für die Interessen von Menschen mit Behinderung einsetzen.

Die Idee

des DIPB ist es, mit einer Stimme zu sprechen.

Und das nicht nur, weil wir lautstark die Interessen behinderter Menschen vertreten, sondern, auch weil wir kompetente Partner sein wollen. Wir können dabei neben der Erfahrungskompetenz behinderter Menschen auch das KnowHow von Architekten und Ingenieuren unseres Verbandes nutzen.

Komplexe Fragen bei der Umsetzung barrierefreien Bauens werden bei uns intern diskutiert, um nach außen hin eine Lösung anzubieten.

Als wir 2013 bei unserer jährlichen Klausurtagung zusammensaßen und über künftige Projekte gesprochen haben, haben wir uns überlegt, dass wir unser kleines Netzwerk ausbauen müssen.

Die Aufgaben, die wir uns stellen und auch die Anfragen, die an uns gerichtet werden, sind immer komplexer und gehen weit über unser eigentliches Gebiet hinaus.

Es kann doch nicht sein, dass wir die einzigen sind, die sich solchen Fragestellungen widmen.

Wir suchen Partner in den Regionen. Wir wollen wissen, wen wir in Konstanz, Aalen oder Biberach ansprechen können, wenn von dort eine Anfrage an uns gerichtet wird. Und vielleicht geht es anderen genauso.

Die Idee eines Netzwerkes ist nicht neu, aber jetzt war auch der Zeitpunkt da, etwas zu tun.

Wir haben die Idee mit uns weitergetragen und dank der Projektförderung „Impulse Inklusion“ des Sozialministeriums Baden-Württemberg dann auch die finanziellen Mittel hierzu bekommen.

Teil dieses Projektes, der Aufbau eines landesweiten Netzwerkes, ist die heutige Tagung.

Die heutige Tagung ist der Startschuss für einen neuen Dialog zwischen allen Beteiligten im Planungsprozess, sei es im Wohnungsbau, bei öffentlichen Gebäuden, dem Nahverkehr oder bei Freizeitanlagen.

Die Partner

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei unseren Partnern bedanken,

dem Landes-Behindertenbeauftragten und seinen Mitarbeitern,

dem Kommunalverband für Jugend und Soziales,

der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe und

der Architektenkammer.

Als wir ihnen von unserer Idee des Netzwerkes und der Tagung erzählten, haben wir offene Türen eingerannt.

Ohne deren Kompetenz und auch finanzieller Unterstützung säßen wir heute hier nicht zusammen.

Ein Dank geht auch an die Stuttgarter Straßenbahnen AG, die die Druckkosten übernommen haben.

Auch freue ich mich, dass neben so zahlreichen Vertretern von sozialen Einrichtungen und Interessensvertretern auch viele Architekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner anwesend sind.

Dass so viele Architekten heute anwesend sind, ist nicht selbstverständlich.

Für Architekten hat barrierefreies Bauen wenig Charme, bedeutet eher Last als Lust.

Sieht nicht gut aus und kostet auch noch Geld.

Man muss sich mit Gesetzen und Normen auseinandersetzen, bei denen keiner durchblickt.

Und dann kommt noch irgendein Behinderter, der einem wieder was anderes erzählt.

Das Thema Barrierefreiheit ist sehr vielschichtig.

Aber heute reden wir über barrierefreies Bauen und dem Dialog zwischen den Beteiligten, um ein für alle befriedigendes Ergebnis zu erreichen.

Und dann sind es Sie, die Architekten, Planer und Investoren die mit ihrem Knowhow und ihrem Engagement das Maß der Barrierefreiheit mit beeinflussen.

Aber man kann Preise damit gewinnen.

Der DIPB lobt alle 4 Jahre gemeinsam mit der Architektenkammer den Ulla Broermann Preis für beispielhaftes barrierefreies Bauen aus.

Ein Wettbewerb, der sich mittlerweile etabliert hat und wahrscheinlich 2016 wieder ausgeschrieben wird.

Hierbei werden Projekte prämiert, die Barrierefreiheit und Architektur in besonderem Maße in Einklang bringen.

Projekte

Neben ganz vielen kleinen Anfragen an uns – ist die Bewegungsfläche ausreichend, muss ich überall Stützgriffe vorsehen, welchen Kontrast brauch eine Stufenkante – haben wir natürlich auch ein paar Prestigeprojekte, die ich kurz anreiße.

Wir haben z.B. bei der Planung der Messe Stuttgart mitgewirkt.

Wir waren mit dabei beim Bau des Mercedes-Benz Museums,

Wir wurden beim Neubau des Stuttgarter Affenhauses hinzugezogen.

Bei der Neugestaltung des Hospital-Viertels waren wir ebenfalls eingebunden.

Und beim Neubau der Stadtbibliothek und der Rentenversicherung Karlsruhe.

Projekt Nahverkehr

Seit vielen Jahren gibt es eine gute Zusammenarbeit mit der Stuttgarter Straßenbahnen AG, der SSB, die keine Planfreigabe des Regierungspräsidiums erhält, wenn es nicht ein OK des DIPB gibt, mit einem entsprechenden Prüfprotokoll.

Das bedeutet, dass der DIPB bereits in der Planungsphase eingebunden wird.

Nach Abschluss der Arbeiten gibt es dann Begehungen der Haltestellen, um abzugleichen, ob das auch so umgesetzt wurde.

Außerdem gibt es die Jahresgespräche, bei denen die Verbände Anregungen einbringen oder Kritik äußern können.

Ein ganz wichtiges Thema sind die Nahverkehrspläne.

Die 44 Land- und Stadtkreise Baden-Württembergs müssen im Fünf-Jahresrythmus die Nahverkehrspläne fortschreiben.

Hierin muss auch detailliert beschrieben werden, inwiefern Barrierefreiheit umgesetzt wird, d.h. wo wann welche Maßnahme. Und wenn nicht warum nicht.

In Anbetracht der Tatsache, dass bis 2022 der ÖPNV barrierefrei zu sein hat, sollte da doch eine ganze Menge drin stehen. Haben wir uns auch gedacht und wollten das genauer wissen.

Unserer Bitte, man möge uns doch die Pläne mal zusenden, sind dann auch nahezu alle Land- und Stadtkreise gefolgt.

Das sind nicht einfach nur Pläne. Das sind ganze Wäschekörbe. Und so viel steht zum Thema Barrierefreiheit oft nicht drin.

Und wenn der Nahverkehrsplan abgesegnet wird, dann ist das Thema erstmal durch.

Und so sehr ich auch für die Verkehrsgesellschaften Verständnis habe, denn umfassende Barrierefreiheit ist bis 2022 nicht zu schaffen, so sind doch aber alle Anstrengungen zu unternehmen, das Möglichste auch möglich zu machen und zwar mit den Betroffenen zusammen. Und hier braucht es engagierte Menschen vor Ort.

In den Unternehmen, die was bewegen wollen, aber auch bei den Betroffenen.

Projekt S21

Unser derzeit größtes Projekt ist der neue Stuttgarter Bahnhof.

Wir fühlten uns 2008 dazu berufen, den Planern des Bahnhofes etwas auf die Finger zu schauen. Da dies ein sehr langwieriges Bauvorhaben zu sein schien, haben wir die uns bekannten Interessenvertreter behinderter Menschen zusammen getrommelt und haben das Bündnis Barrierefreies Stuttgart 21 ins Leben gerufen.

Glücklicherweise war die Bahn unserer Anfrage gegenüber zu einer Zusammenarbeit sehr offen.

Unser zweiter Glücksfall war die Bürgerbeauftragte der Stadt Stuttgart, Frau Alice Kaiser, die die Moderation zwischen uns und der Bahn betreibt. Wir werden sie später noch im Forum 1 sehen.

Wir haben einen Vertrag mit der Bahn geschlossen, einer Kooperationsvereinbarung, in dem wir uns gegenseitig zur Zusammenarbeit verpflichten, mit dem Ziel einen barrierefreien Bahnhof zu bekommen. Seitdem treffen wir uns alle 3-4 Monate in großen und kleinen Runden, um die Planung des neuen Bahnhofes und die vielen Bauzustände möglichst barrierefrei zu gestalten.

Es werden zu jedem Thema die verantwortlichen Gesprächspartner eingeladen, sei es beim Brandschutz, bei den Außenanlagen oder den Leitsystemen.

Es ist uns bewusst, dass diese Zusammenarbeit auch der Bahn nutzt. Sie kann sich immer zurücklehnen und sagen, das habe man mit den Behindertenverbänden abgestimmt.

Und wir müssen dafür gerade stehen, was wir mit den Planern vereinbaren.

Man kann zu dem Bahnhof stehen wie man will. Wir haben immer einen neutralen Standpunkt vertreten, nach dem Motto, egal was gebaut wird, barrierefrei muss es sein.

Unser Ziel war es, das wir miteinander reden, unsere Gegenüber von der Sinnhaftigkeit und dem Nutzen überzeugen.

Und so sind Gespräche auf Augenhöhe entstanden, die auf gegenseitigem Respekt beruhen.

Die letzten Projekte waren Beispiele dafür, dass man einen sehr langen Atem braucht, will man etwas bewegen.

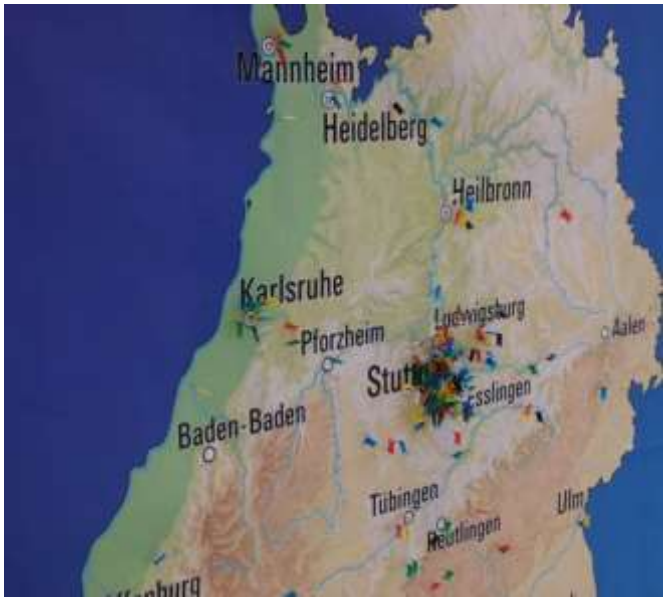
Und das ist oft ein großes Problem, für uns zumindest. Nachhaltigkeit.

Wie kann ich denn sicherstellen, dass Vereinbarungen auch eingehalten werden?

Oft genug habe ich erlebt, dass man sich auf eine Lösung einigt, umgesetzt wurde es nicht.

Was man hierfür braucht, ist Zeit. Was man aber auch benötigt, ist ein gutes Netzwerk.

Das Netzwerk



Man braucht Partner, die mit eingebunden werden können.

Deshalb wollen wir ein Netzwerk aufbauen, das die Kommunikation zum einen unter den Behindertenverbänden fördern soll. Zum anderen aber auch mit den Investoren und Planern.

Dieses Netzwerk soll eine Plattform des Dialogs sein.

Wir wollen durch dieses Netzwerk Synergien nutzen.

Wir wollen das Fachwissen, das überall verstreut ist, bündeln.

Wir wollen durch ein solches Netzwerk Standards setzen.

Wir wollen uns über die Probleme ehrenamtlicher Aktivitäten austauschen, z. B. die Finanzierung.

Wir wollen das Netzwerk auch nutzen, um über Normen und Gesetze kritisch zu diskutieren, über Sinn und Unsinn von Barrierefreiheit.

Und wenn ich mir anschaue, aus welchen Landesteilen Sie den Weg hierher gefunden haben, wäre unser Netzwerk schon sehr breit gestreut.

Die Landestagung

Damit wir nicht nur online miteinander kommunizieren, soll es jährlich eine Tagung geben. Heute findet die erste statt.

Heute sind Teilnehmer aller Zuständigkeitsbereiche anwesend. Neben den schon erwähnten Architekten sind auch viele Vertreter kommunaler Gremien dabei. Aus dem Bereich Stadtplanung, Infrastruktur und Verwaltung. Ziel ist es, kontrovers zu diskutieren, nicht im Sinne von Streit, sondern im Dialog.

Es geht darum, gemeinsam Wege zu beschreiten und Ziele zu erarbeiten.

Nicht zuletzt dank der UN-Behindertenrechtskonvention hat der Gesetzgeber Barrierefreiheit zur Pflicht gemacht.

Es hilft aber nicht viel, wenn ich auf mein Recht poche, mein Gegenüber aber nichts bezahlen kann. Es hilft aber auch nicht weiter, wenn die Verantwortlichen meinen, das Ziel nicht erreichen zu können und ihre Energie dafür verwenden, nach Wegen zu suchen, nichts unternehmen zu müssen. Anspruch und Wirklichkeit prallen hier aufeinander. Und darum geht es heute. Miteinander reden und zuhören.

Es geht darum, den richtigen Ton zu finden, es geht darum, die richtige Frage zu stellen.

Wie kann man miteinander diskutieren?

Wie kann der moralische Aspekt, barrierefrei zu bauen, auf eine technische Ebene reduziert werden? Oder umgekehrt?

Bei den Foren am Nachmittag geht es im Kern darum, wie jeder Einzelne Barrierefreiheit fördern kann. Wie lassen sich die Interessen aller umsetzen? Geht das überhaupt?

Der Dialog

Um für unsere Tagung einen Einstieg zu haben, machen wir eine kleine Übung.

Sie sollen in der nächsten halben Stunde drei Fragen beantworten. Und dies nicht alleine, sondern in 3er bzw. 4er Gruppen. Möglichst nicht mit den Leuten, mit denen Sie gekommen sind sondern mit den Leuten, die Sie nicht kennen, die vor oder hinter ihnen sitzen.

Sie haben bei der Anmeldung drei Karten erhalten. Eine rote, eine gelbe, eine grüne.

Auf diese Karten schreiben Sie bitte jeweils eine Antwort.

Für die Beantwortung jeder Frage haben Sie 5 Minuten Zeit. Anschließend werden ein paar Antworten von Freiwilligen vorgelesen.

Dann kommt die nächste Frage. Das Ganze machen wir dreimal.

Frage 1

Wie vermiese ich einem Architekten/ Bauherren nachhaltig den Spaß daran barrierefrei zu planen?

Die Antworten

- Frühe und verlässliche Planung + Kommunikation fehlt!
- Keine sachliche Erörterung, sondern nur „moralische Keule“.
- „Verbesserungsvorschläge“:
  Produkte für „Barrierefreiheit“ ästhetisch gestalten!
  Prioritätensetzung: Welche „Behinderungsgruppe“ wird bevorzugt behandelt?
- Forderungen stellen, die den Kostenrahmen weit überschreiten.
  Altbau umbauen, aber barrierefrei!
  Barrierefrei im Denkmalschutz.
  Barrierefrei im gemeinsamen Eigentum.
- Ich werde nicht müde zu sagen:
  „Architekten interessieren sich ja eh nur fürs ästhetische/optische/schöne Aussehen.“
- Allgemeine Vorschriften, die in besonderen Einzelfällen nicht durchzuführen sind und dann zu keinen tragbaren/-fähigen Sonderlösungen führen können.
- Wenn DIN-Normen zwingend 1:1 umgesetzt werden müssen.
  Keine Kompromisslösungen möglich.
  Die „Kostenlüge“ Barrierefreiheit kostet nicht mehr.
- Denkmalschutz vs. Barrierefreiheit.
- Einhaltung der DIN-Norm.

- Ursprüngliche Maximalforderung ohne situative Berücksichtigung der Gegebenheiten.
- Barrierefreiheit & Richtlinien = Widerspruch
- Mehr Blindenleitlinien berücksichtigen + stufenlos
- Hinweis an Planer auf engen Kostenrahmen.
- Indem die Kosten entsprechend eingeschränkt werden:
  Kein wirtschaftlicher Aspekt, Vorteil
- Indem ich ihn zwinge, die geltenden DIN-Normen auswendig zu lernen.
- Fordern

Ich will, du musst – Du hast das zu wissen; sehe, was ich brauche.

Übersteigerte Forderungen

- Alles, was bei einem späteren Umbau für Barrierefrei(heit) notwendig wird, geht auf Ihre Kosten!
- Widerspruch zwischen Vorgabe & Kostenwunsch!
- Indem ich die im Bau akzeptablen Maßdifferenzen in den Millimeterbereich verbanne.
- Keine klaren Vorgaben.

  Bebilderte Ausgabe der eingeführten technischen Baubestimmungen wäre hilfreich.

  DIN-Normen nicht auf Barrierefreiheit abgestimmt.

  Flachdachrichtlinien.
- Ich kann es vermiesen mit der Forderung an die Architekten und Verantwortlichen der SSB, die Neigungsunterschiede zwischen Bahnsteig und Triebwagen durch den Einsatz von Rampen zu beseitigen.
- … indem ich mich nicht rechtzeitig in Prozesse einklinke.
- Dank Vorgaben und Forderungen sowie Kompromisslosigkeit.

  Besser: überzeugen, gewinnen
- zu teuer

  ich weiß doch gar nicht, welche Behinderung eintritt

  ich bin noch viel zu jung, wir brauchen das noch nicht
- Die Behörden sehen nur ihren Bereich, den sie abdecken!

  Dies in Einklang zu bekommen, interessiert die Behörde nur selten!
- Sinnhaftigkeit der Normen

  Nachträgliche Anmerkungen (nach Konzepterarbeitung)

- Durch unterschiedliche Interessen der Fachbehörden.
- Teuer
  Integration von Rampen nötig.
  Platzbedarf enorm hoch.
- Barrierefreiheit darf nichts kosten
  Ich mache so enge Vorgaben, dass er nicht mehr „frei“ planen kann.
- Zu starre, unflexible Regelungen, die nicht auf die jeweilige Bauaufgabe angepasst werden können.
- 50 cm breite taktile Streifen in einem feinen Naturstein-Bodenbelag.
  Zwischenpodeste in einer anspruchsvoll gestalteten Rampe.
  Nur auf Dagewesenes setzen und keine neuen Lösungsansätze abseits der Norm zulassen.
- „Forderung“ von Kontrasten ohne Rücksicht auf Gestaltung.
- Man sagt mir:
  - Es ist viel zu teuer.
  - Es gibt keinen Bedarf; Behinderten-Stellplätze sind immer frei.
  - Da muss man doch nichts extra bauen. Da ist bestimmt jemand da, der hilft..
- Wenn individuelle Lösungen die Betroffenen überzeugen, an zu eng ausgelegten Vorschriften scheitern.
- Indem ich die Wünsche und Anforderungen ständig verändere.
- 1. Die DIN 18040 weitgehend umzusetzen.
  2. Hohe Funktionalität der Einrichtung einfordern.
  3. Ständig Änderungen einzufordern.
- Mangelnde Kooperation seitens Vorschriften und an Kosten.
- Kein Budget hierfür.

- In Landesbauordnung und anderen Bauregeln falsch oder überzogen verfasste Regelungen zur Anzahl und Ausbildung zur Barrierefreiheit.
- mangelnde Flexibilität, nachhaltig zu bauen
  Formalismus
  schwellenfreier Übergang?
  Im Bau akzeptable Maßtoleranzen in mm-Bereich verschieben
  sich widersprechende DIN-Normen
- Kosten
  Möglichst wenig Verkehrsfläche

- Kosten
  Gute/schlechte Terminplanung

Kompetente Partner

Nicht den Architekten unter Druck setzen.

- Budget

  Umgebung ist für Barrierefreiheit nicht geeignet.

  Berücksichtigung von mehreren Behinderungsarten.
- Anspruch, allen gerecht zu werden.

  1000 % Einhaltung der Ansprüche der Barrierefreiheit:

  Konflikt der verschiedenen Nutzer (Behinderten).

  Anschließend Kritik.
- Zu kleines Budget.

  Zu wenig Platz.

  Zu hohe Anforderung bei zu wenig Geld.
- Ich mache es so komplex, dass der Architekt nach der ersten Erfahrung aufgibt.
- Viele Vorschriften

  Kosten

  Übermühungen

  Finger in die Wunde legen.
- Wenn es kooperativ und einsichtig ist, gar nicht!
- Anforderungen an Barrierefreiheit verändern sich im laufenden Planungsprozess.
- wenig Geld

  Topographie bergig

  Mehrfachbehinderung

  Altbau

Denkmalschutz

Mode, die gegen Barrierefreiheit sind/ist

- Durch Forderungen der eingebundenen Betroffenen.
- Indem ich dem Architekten immer wieder unterstelle, dass er nur nach der Optik plant und diese für ihn wichtiger ist als die Funktion und Barrierefreiheit.

Nix Kosten, aber barrierefrei!

Altbau umbauen, aber barrierefrei.

Frage 2

Wie vermiese ich Menschen mit Behinderung ihr Engagement für eine barrierefreie Umwelt?

Die Antworten

- Kein Geld, nicht zuständig,
  „leider defekt – wir bitten um ihr Verständnis“.
- Indem man ihre Kompetenz nicht abfragt und achtet oder gar ignoriert.
  gleich mit den Kosten kommt.
  sagt, so viele sind ja gar nicht betroffen.
  Braucht das jemand?
- Zuständigkeit in Frage stellen, Kompetenz anzweifeln,
  Vorschriften anführen, die die Umsetzung behindern.
- Belange Barrierefreiheit abwerten und ggf. falsche Versprechungen machen, die nicht eingehalten werden.
- Angebote werden ignoriert,
  Hinweis auf fehlende technische Kompetenz der Behinderung.
- Indem ich ständig kritische Spielchen mache z.B. Denkmalschutz
- Vertreter der Behinderten anhören, die Anregungen, Forderungen aber nicht umsetzen bzw. kein ausreichendes Budget für die Realisierung zur Verfügung stellen.
- Viel zu spät in Planung einbinden und vor vollendete Tatsachen stellen.
- Ausschluss der Nutzer (Behinderte) aus dem Entstehungsprozess.

- Ich kann es vermiesen, wenn Denkmalschutz und ggf. auch Umweltschutz höher gestellt werden als die notwendige Barrierefreiheit, gerade im öffentlichen Raum.
- topografische Lage in Stuttgart als Begründung,
  Desinteresse durch Ausladen zeigen,
  Denkmalschutz,
  zu hoher Aufwand für Minderheit
- Auslachen und Desinteresse,
  Keine Wertschätzung für Behinderung,
  Zu hoher Aufwand.

- Finanzielle Mittel,
  Umsetzung der BRK,
  Kompromisslosigkeit.
- Indem ich ständig mit knappem Budget argumentiere.
- Indem ich Menschen mit Behinderung nicht einbeziehe, anhöre,
  indem ich Denkmalschutz und Ästhetik über das Prinzip Barrierefreiheit stelle.
- Wenn Fachwissen der Betroffenen nicht gehört wird,
  wenn das Kostenargument notorisch wiederholt wird,
  S-Bahn-Haltestellen umrüsten dauert viel zu lang.
- Indem ich Barrieren nur für Menschen mit Behinderung sehe,
  indem man theoretisch das Thema diskutiert, aber es in der täglichen Umsetzung nicht berücksichtigt,
  Aufzug funktioniert nicht,
  nur Stehtische,
  Veranstaltung ohne Behinderten-WC.
- Indem ich die Menschen mit Behinderung nicht mitwirken lasse
  ⇨ Ausschluss,
  Indem ich sofort blockiere
  ⇨ geht nicht,
  ⇨ zu teuer
  ⇨ Planung zu weit fortgeschritten.
- Wenn auf meine Vorschläge nicht eingegangen würde bzw. diese nicht angehört würden.
- Zuständigkeit
  ⇨ Planungsamt, Tiefbau, Recht und Ordnung,

⇨ oder doch Bundesstraße

⇨ RP (für Bundesstraßen ist das RP-Regierungspräsidium zuständig)

- Zu wenig Einfühlungsvermögen, zu wenig Interesse.
- Informationen,
  Austausch,
  Veranstaltungen,
  Beispielhafte Lösungen vorstellen,
  neue Produkte.
- Indem ich mich nicht intensiv genug mit seinem Problem auseinandersetze,
  mich beim Planen über seine Einwände hinwegsetzte,
  indem bei Foren keine Einladung erfolgt.
- Ich nehme ihnen die Illusion einer 100 %en barrierefreien Umwelt

das Supermarktregal wird ihnen mit 2.00 m zu hoch sein und bleiben,
im Kino müssen sie immer in der ersten Reihe sitzen.

- Die Planer machen das schon richtig,
  nach Fertigstellung versuchen, Betroffene einzubeziehen.
- Das kann/darf nicht der Fall sein, sonst gibt sich der Mensch ja selbst auf,
  (das sollte nicht vorkommen, das darf nicht sein, Resultat: Selbstaufgabe).
- Zu späte Eingliederung,
  wenn Absprachen nicht eingehalten werden,
  halbherzige Lösungen,
  Ablehnung von überzogenen Forderungen,
  behinderte Menschen ignorieren.
- Sie sind eine Randgruppe,
  für alle kann man nicht sorgen.
- Alles zu teuer, nicht umsetzbar,
  das war schon immer so.
- Eingefahrenheit,
  Denkmalschutz,
  Kostenargument,
  Planungsverfahren, z.B. DB zu lang,
  man macht ja schon was,
  Technik,
  Einbindung.
- Kosten,
  so früh wie möglich, so spät wie möglich,
  architektonische Kompetenz beteiligen,

Beleidigung.

- Mangelnde Mobilität, um Foren zu besuchen,
  wenn die Wünsche nicht ernst genommen werden,
  Aussitzen,
  Fokus auf Rollstuhlfahrer,
  Sonderlösungen,
  einfache Lösungen für alle.
- Wenn man sie zu spät einbindet,
  im Wohnungsbau ⇒ vorhandene Wohnung barrierefrei umbauen,
  ständig auf höhere Kosten verweisen,
  ständig auf Ästhetik verweisen.
- Zu teuer,
  Technik, die nie funktioniert (keine Wartung, keine zeitnahe Instandsetzung, keine Ausweichlösung).
  Einrichter (öffentliche Ämter) kommunizieren nicht, denken nicht, (z.B. auf einer Kennzeichnung für Blinde wird ein Werbeschild aufgebaut).
- Ich erwarte, dass sie noch Geld bringen.
- Bin mir unsicher,
  wenn du das zahlst,
  wie sieht das denn aus
  das hätte ich vorher wissen müssen.
- Durch viele Hürden wie Vorschriften und Gesetze,
  die Planung ist schon lange abgeschlossen.
- Was du brauchst ist zu teuer.

- Indem ich ihn und seine Bedürfnisse nicht in die Planung integriere und dadurch aus der Gesellschaft ausschließe.
- Ausschluss aus dem Planungsprozess und indem ich ihn zum Schluss vor vollendete Tatsachen stelle, nicht bereit sein auf seine Bedürfnisse einzugehen.
- Suggestive Äußerungen gegenüber Menschen mit Behinderung mit dem Effekt, diese ins soziale Abseits zu stellen.
- Öffentliche Einrichtung ohne Erreichbarkeit bzw. mit umständlicher Erreichbarkeit.
- Zusagen nicht einhalten, Verfahren in die Länge ziehen,
  Betroffene nicht beteiligen,
  Haushaltsressourcen verknappen.
- Indem ich die Behinderung nicht beachte oder gering schätze,
  Denkmalschutz steht vor Barrierefreiheit.
- Wenn der Denkmalschutz für alle Ablehnungen herhalten muss, obwohl er in dem behaupteten Umfang gar nicht besteht.
- Leider, geht nicht,
  keine Änderung möglich,
  wir sind nicht zuständig,
  es ist zu teuer.
- Wenn man ihnen erklärt, dass dafür kein Geld da ist (jedoch oft Geld für umstrittenen Kunstwerke ausgegeben wird).
- Ich nutze sie als Greenwashing, vorab in Pseudo-Beteiligungen.
- Ich lasse sie planen und setze nichts um
  beschäftige sie in Arbeitsgruppen und ignoriere die Ergebnisse.
  Sammle ihre Inputs und tue sie als Querulanten ab.
- Keine finanziellen Mittel vorhanden,

Denkmalschutz,
ständig nur Vorschriften und Normen.

- Die hohen Kosten,
  geringer %-Satz an Personen, die betroffen sind im Vergleich zu nichtbehinderten Personen.
- Indem ich ihm nicht miteinander abgestimmte technische Regelwerke vorlege, vgl. DIN 18040 vs., DIN 18195.
- Indem ich die Wohnung nicht verlassen kann und ich gar nicht in den Bus oder die Bahn einsteigen kann, um zur Besprechung zu gehen.
- Nicht ausreichend Gehör schenken,
  Anregungen nicht aufnehmen.
  Anliegen bagatellisieren,
  zu spät in Planung einbeziehen,
  Denkmalschutz.
- Nach Fertigstellen des Baus wurden die Toleranzen nicht eingehalten,
  Wünsche und Erfordernisse wurden nicht bezuschusst,
  ohne weitere Absprache mit Betroffenen, Entscheidung über den Kopf hinweg.
- Indem der Denkmalschutz sämtliche Vorschläge grundsätzlich ablehnt,
  indem trotz Absprache z.B. mit der Kommune die Barrierefreiheit nicht ausgeführt wird, z.B. Absenkung der Bordsteine.
- Zu wenige und rechtzeitige Einbeziehung bei der Planung
- Ignoranz für die Belange.
- Nicht ernst nehmen,
  wenn Planungen nicht wie besprochen umgesetzt werden,
  ⇨ Bautechnisch nicht machbar,

⇨ Zu teuer.

- Durch ständige Änderung von Vorschriften und Auflagen.
- Keine Umsetzung von Barrierefreiheit,
  Wer soll das bezahlen?
  Keine Beachtung der Personen/Wünsche.
- Ich weiß es als Fachmann am besten,
  Keine rechtzeitige Rücksprache, Beteiligung.
  Sie haben utopische Vorstellungen, nicht bezahlbar.
- Der Wunsch sprengt den Finanzrahmen, bin nicht zuständig.
- Wenn alle Vorschläge verhallen,
  wenn keine Kompromissbereitschaft signalisiert wird.
- Sofort zu hohe Kosten anführen,
  Ästhetik über Barrierefreiheit stellen.
- Wenn ich sie mit ihren Auflagen nicht ernst nehme.
- Durch Ignoranz,
  keine Kompromisse.
- Teure Sonderlösung für die paar Behinderte,
  Denkmalschutz geht vor Barrierefreiheit.
- Indem ich mich als Bauherr und Architekt über die Bedenken und Anregungen hinwegsetze!
  Barrierefreiheit lächerlich machen.
- Ignoranz von Seite Planer/Bauherr gegenüber den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen.
- Ignoriere seine Bedürfnisse,
  Wurstigkeit/ Wichtigkeit der Bedürfnisse hinten anstellen.

Beim Aufzug Bedürfnisse nicht beachten.

- Das ist nicht möglich (ohne Begründung)
  zu teuer,
  Rücksicht auf Mitbewohner ohne Behinderung,
  nicht auf Mobilitätseinschränkung eingehen.

Frage 3

Welche Erwartungen haben Sie an ein Netzwerk?

Die Antworten

- Engagement aller Fachrichtungen und fachlich Beteiligten.
- Wissensaustausch
- Leitfaden, Vorschläge erstellen
- Erfahrungen austauschen, Möglichkeiten, die sich öffnen,
- Lösungsvorschläge durch positive Beispiele,
  - ⇨ was hat sich in der Praxis bewährt?

- Thema der Barrierefreiheit in alle Bevölkerungsschichten tragen
- Ansprechpartner bei planerischen Themen („Grauzone“),

Zugehen vom DIPB auf Planer und umgekehrt
gute Beispiele zugängig machen.

- Austausch Praxisbeispiele,
  auch mit „neutralen Stellen“ (Inklusive Erfahrungen).
- Austausch von aktuellem Wissensstand,
  Erfahrungen neuer Entwicklungen
  gemeinsam Druck ausüben auf Verantwortliche.
- Informationen über die vielfältigen Arten der Einschränkungen und deren Bedürfnissen
  Austausch auf allen Planungsebenen und Erfahrungen der Betroffenen
  Umsetzungsbeispiele
- Erfahrungsaustausch.
- Man kann auf Erfahrungen anderer Personen zurückgreifen und muss das Rad nicht jedes Mal neu erfinden.
- Wissensvermittlung,
  Beratung,
  Best practice
  ⇨ Man muss das Rad nicht immer neu erfinden.
- Austausch (regelmäßig)
  Ich kann Mitstreiter und Architekten kennenlernen.
- Interessenvertretung,
  Bewahrung,
  Kennenlernen.
- Wenn aus dem Netzwerk Initiativen entstehen, die etwas bewirken können.

- „Homogenes Denken“
  Für alle Behinderten: Rollstuhl, blind, taub.
- Guter Austausch und Datenbank,
  viele Beteiligte aus allen Bereichen,
  Akzeptanz,
  neue Anregungen,
  rasches Entscheiden,
  Umsetzung von Barrierefreiheit.
- Abstimmung mit Anderen,
  Erfahrungsaustausch.
- Netzwerk Austausch mit Verbänden,
  Verbände gehen in die Breite (flächendeckend),
  Rückmeldung durch Verbände zum DIPB.
- Priorisierung der wirklich wichtigen Maßnahmen (mit welchen Maßnahmen kann ich möglichst vielen Menschen den Zugang erleichtern),
  übereinstimmende Vorschriften, Bündelung vorhandener Vorschriften,
  ortsnahe Beratung.
- Wissens-, Informations-Update,
  Resümierende Qualitätsoptimierung.
- Austausch, aktuelle Infos.
- Es muss funktionieren,
  es muss koordiniert werden,
  es muss trotzdem offen sein,
  es muss technisch einfach bedienbar sein.

- Wissen bündeln und klar verständlich sein,
  eindeutig umsetzbar machen (Normen, Recht).
- Offener Austausch,
  gemeinsame Entwicklung neuer Lösungsansätze,
  Verständnis für den Standpunkt des Anderen,
  kein Schubladendenken,
  Sammeln guter Lösungsansätze,
  Ziele formulieren und Vorschriften reduzieren.
- Dass gemeinsam Lösungen gesucht und gefunden werden, auch in
  außergewöhnlichen und schwierigen Fällen,
  dass Erfahrungsaustausch möglich ist.
- Austausch von Wissen,
  Teilnehmer aus unterschiedlichen Kreisen,
  Vielseitigkeit der Problematik und unterschiedliche Blickwinkel.
- Kompetenz,
  gegenseitige Unterstützung,
  regelmäßiger Austausch untereinander.
- Rechtssicherheit,
  Erfahrungsaustausch,
  Planungsstufe bei Mindestanforderung,
  Angabe, was wird genau gebraucht,
  Zusammenarbeit mit Verantwortlichen,
  Plattform bilden.
- Einfache Kontaktaufnahme,
  Integration der Beteiligten/Betroffenen.

- Infos müssen aktuell und richtig sein,
  Über Neuerungen/ neue Gesetze automatisch informieren,
  Dienstleistungen müssen bezahlbar sein,
  gute Erreichbarkeit.
- Dialog zwischen Menschen mit Behinderungen und Fachplanern,
  neue Erkenntnisse für den Architekt durch den späteren Nutzer.
- Fortbildungsangebote,
  Erfahrungen austauschen,
  Best-Practice-Beispiele,
  Monitoring guter Lösungen.
- Hinweise auf Lektüre
  beispielhafte Bauten,
  füllen von Wissenslücken
- Auskunft von Praxisbeispielen (gute und schlechte)
  Anhand eines „Blogs“ mit einem Onlineforum für direkten Austausch
- Ansprechpartner finden,
  Forum für Anfragen auf der Website.
- Bessere Beratung/Abstimmung.
- Erfahrungsaustausch,
  Lernen von anderen,
  gute Beispiele.
- Beratung und Austausch mit Experten,
  Projektbeispiele publik machen.
- Austausch, Informationen
  Stärkung im Verbund und damit höhere Wirkung,

Stärkung des Einzelkämpfers.

- Unterschiedliche Ansichten austauschen.
- Austausch von Erfahrungen,
  Regelmäßiges Treffen von Betroffenen,
  Gedankenaustausch.
- Wissenstransfer,
  persönlicher Kontakt.
- Infos vom Netzwerk müssen aktuell und stimmig sein,
  Verlässlichkeit,
  Erreichbarkeit,
  Dienstleistung muss bezahlbar sein.

- Austausch von Unzulänglichkeiten,
  eine bessere Lösungsfindung.
- Konstruktiver Austausch von Ideen,
  Ansprechpartner und Experten finden,
  Sachverständige Gutachter finden,
  Auskunft, wo Einfluss genommen werden kann.
- Wissensaustausch,
  Kompetenzen-Zusammenfassung,
  Handwerker-Datenbank,
  Fortbildung in Sachen Barrierefreiheit, für Architekten, Stadtplaner, Ämter.
- Austausch
  große Wirkung entfalten,
  Lösungsansätze.
- Erfahrungsaustausch,
  bessere, schnellere und unbürokratische Information,
  kollegiale Beratung.
- Bewusstsein schaffen,
  Stärkung durch die Gruppe,
  Austausch,
  Ideenfindung für Veranstaltungen.
- Aktuelle Informationen,
  Druck auf Politik,
  Öffentlichkeitswirksamkeit,
  Forderungen stellen und mit Lösungen unterstreichen.
- Erfahrungsaustausch,

Lobbyarbeit,
Schnelle Fragenbeantwortung,
aktuelle Infos.

- Unterstützung für Problemlösungen.
- Erfahrungsaustausch,
  Beratung,
  Anregungen,
  gute Beispiele,
  Menschliche Begegnungen.
- Austausch mit Betroffenen und Experten um Lösungsvorschläge für bestimmte Probleme zu erarbeiten, die woanders vielleicht schon existieren.
- Expertenwissen austauschen.
- Personen vor Ort, die Kompetenzen in speziellen Bereichen haben,
  Bündelung von Fachwissen,
  Kontakt zu anderen Kommunen, Beauftragten,
  Weitergeben von gelungenen Einzellösungen.
- Konkrete Information, z.B. über neueste Entwicklungen, Gesetze,
  gegenseitiger Input.
- Kompetente Ansprechpartner,
  Bereitschaft neue Ideen (auch außerhalb von Normen) zu unterstützen.
- Informationsaustausch,
  Wissensdatenbank,
  Adressen von Fachrichtungen, Personen,
  Kommunikation zwischen Betroffenen und Architekten.
- Infos in – out,

Gegenseitigkeit,
Lösungsorientiert,
Lerneffekt für das gesamte Netzwerk.

- Gibt dem Thema Verbreitung, Rückhalt und Gewicht,
  so muss nicht jeder vor Ort das Rad neu erfinden.
- Austausch – damit Barrierefreiheit selbstverständlicher wird! Z.B. andere Länder.
- Werbungen, Veranstaltungen, gute Datenbank.
- Eine Frage ins Netz stellen, dann melden sich 1 – n Experten.
- Bauherren, Planer, Ämter und Betroffene auf Augenhöhe.
- Wissensaustausch,
  Erfahrungsaustausch,
  Ansprechpartner für planungsrelevante Themen.
- Gemeinsame Sprache,
  einheitliche Regeln,
  Förderung einer zentralen Beschwerdestelle, die sich einsetzt um die Beschwerde an die richtige Stelle zu vermitteln
- Bessere Abstimmung der Anliegen,
  Vereinheitlichung von Standards, möglichst bundesweit, besser europaweit.
- Anlaufstelle.
- Kompetenzverstärkung.
- Alle verschiedenen Aspekte von Barrierefreiheit abdecken und
  Erfahrungsaustausch.
- Informationsaustausch,
  Das Rad nicht immer wieder neu erfinden.
- Wissen kompakt,

Erfahrungen „fürs Herz“, so dass sie sich gut in meinen „Erfahrungsschatz“ einbrennen.

Zusammenfassung der Übung

Die Resonanz war unerwartet groß.

So wurden insgesamt 204 ausgefüllte Karten abgegeben.

Größtenteils wurden von den Teilnehmern auf den Karten mehrere Antwortalternativen genannt, mit teils sehr unterschiedlichen Inhalten.

Nachstehend eine kurze tabellarische Zusammenfassung:

	Σ	Frage 1	Frage 2	Frage 3
Abgegebene Antwortkarten	204	58	72	74
Antworten (stichwortartig)		*auffällige thematische Häufungen; Anzahl der Nennungen / von xy % der Teilnehmer*		
		Kosten, Budget 19 x / 33 %	Behinderte werden nur mangelhaft in Planungs- u. Entscheidungsprozess eingebunden 33 x / 46 %	Austausch von Erfahrungen, Infos; Plattform für Darstellung von aktuellen Themen u. Rechtslage 39 x / 53 %
		DIN, Normen; Sinnhaftigkeit, Flexibilität 14 x / 24 %	Kosten, zu teuer 28 x / 39 %	Forum für Vorschläge, gute Beispiele, … 19 x / 26 %
		Denkmalschutz 3 x / 6 %	Denkmalschutz 11 x / 15 %	Fortbildung, Weitergabe von Fachwissen/aktuellen Infos 17 x / 23 %
			Vorschriften 5 x / 7 %	Interessenvertretung, Anwalt für Belange des barrierefreien Bauens 10 x / 14 %

Auswertung

Auffällig, und das war auch zu erwarten, die sehr häufige Nennung des Themenbereiches **„Kosten, Budget, zu teuer“** bei **Frage 1 und 2**. Für jeweils mehr als ein Drittel der Befragten hatte dieses Thema einen bedeutenden Stellenwert. Der Kostenfaktor als Bremse oder K.o.-Kriterium begegnet uns seit Jahren in der Diskussion mit Architekten, Bauherren, dem Gesetzgeber etc.. Doch gibt es eine wachsende Erkenntnis, dass die Kostenfrage häufig über- bzw. falsch bewertet wird und so oft zu einem Totschlag-Argument missbraucht wird.

Wie auch immer, hier tut offensichtlich Aufklärung Not.

Das Thema **„Denkmalschutz vs. Barrierefreies Bauen“** berührt offensichtlich den Alltag vieler Teilnehmer. Die Hürden scheinen hierbei wohl weniger im Bereich des privaten Wohnungsbaus zu liegen, vielmehr sind es die Barrieren, die Menschen mit Behinderung nach wie vor in den denkmalgeschützten öffentlichen Bauten (vom Museum bis zum Ministerium, von der Bank bis zum Bahnhof, …) vorfinden. Eine Intensivierung der Diskussion mit den für den Denkmalschutz zuständigen Behörden im Hinblick auf eine flexiblere Handhabung ist überfällig.

Früher pflegte man zu sagen: In Berlin werden die Gesetze gemacht, in München werden sie gelesen, in Stuttgart werden sie ausgeführt …

Wie stellt sich denn nun wirklich die Handhabung in Baden-Württemberg dar?
Die sehr häufige Nennung des Themenbereichs **„DIN, Normen, Vorschriften; Sinnhaftigkeit, Flexibilität“** resultiert sicher nicht aus der Zufriedenheit der Betroffenen und Anwender.
Wo sind die Stellschrauben oder Hebel, mit denen Fehlentwicklungen korrigiert werden können? Nutzen die Ministerien und Behörden ihre Spielräume?

Was barrierefreies Bauen angeht, ist der Architekt wirklich auf dem aktuellen Stand? Oder fühlt er sich hauptsächlich der Ästhetik und dem künstlerisch wertvollen Bau verpflichtet (auch ein – provokantes - Ergebnis der Umfrage)?
Zwar werden alle Beteiligten aufschreien, sich zu Unrecht verdächtig fühlend; aber es geht kein Weg daran vorbei, sie müssen alle an einen Tisch – zu einem konstruktiven Dialog auf Augenhöhe. Alle, d. h.: Politik, Ministerien, ausführende Behörden und Ämter vor Ort, Vertreter der Rechtsprechung – und last but not least – die Betroffenen, um die es ja schließlich geht.

Das zuletzt angesprochene Thema **„Betroffenenbeteiligung, mangelnde Einbindung in den Planungs- und Entscheidungsprozess, fehlende Akzeptanz bezüglich ihrer Anliegen“** wurde bei **Frage 2** von knapp der Hälfte der Antwortgeber als Mangel und erhebliches Defizit empfunden. Quasi ein Aufschrei der Teilnehmer, dem zu begegnen keinen Aufschub duldet.
Also folgt an dieser Stelle der eindringliche Appell, Kommunikationswege zu beschreiten, die uns - zielorientiert und im gegenseitigen Respekt – gemeinsame Lösungen finden lassen.
Und: Dieses Thema kann nicht warten, bis es bei der nächsten Landestagung behandelt wird. Handlungsbedarf und Umdenken sind bereits jetzt gefordert.

Was die Antworten zu **Frage 3 „Erwartungen an ein Netzwerk“** angeht, so decken sich diese weitgehend mit der Intention des DIPB.
Nicht nur die Antworten, sondern auch die große Bereitschaft der Tagungsteilnehmer zur Mitwirkung im/am Netzwerk, hat gezeigt, dass hier ein echter Bedarf besteht.
Wie Oliver Appel vom DIPB mündlich ausgeführt hat, soll das Netzwerk u. a. ein

Forum für den Austausch von Erfahrungen, Wissen, Infos; für die Erörterung von Beispielen aus der Praxis sein - Synergien schaffen, Knowhow austauschen, Expertisen fördern, Dialog verbessern.
Mit der 1. Landestagung ist im Prinzip auch der Startschuss für das Netzwerk gefallen und wir freuen uns über 66 Anmeldungen.
Noch haben wir nicht den vollständigen Überblick über das Spektrum an Themen und Interessensgebieten der Mitwirkenden.
Wohl aber sehen wir, dass die räumliche Verteilung in Baden-Württemberg (erwartungsgemäß) sehr stark auf den Großraum Stuttgart beschränkt ist.
Unser Ziel, landesweit verflochten zu sein und zu agieren, erfordert noch einige Anstrengungen.
Das gilt für die Erfassung des Systems, wie auch dann für den Erhalt und die Pflege des Netzwerkes. Und: Ohne Ihre Mitwirkung wird es nicht funktionieren.

Natürlich liegt auch uns an der von Ihnen angesprochenen **Fortbildung**. In welchem Umfang dies jedoch umgesetzt werden kann, hängt von der Zusammensetzung und Größe des Netzwerkes selbst ab.

Erstellt man das geplante Netzwerk, so geht das mit der Ansammlung von Fachkompetenz einher, mit einem vernetzten Zusammenschluss von Personen und Organisationen von gleicher oder ähnlicher Interessenslage.
Diese Interessen dann auch nach außen zu vertreten, als **Anwalt für die Belange des barrierefreien Bauens** mitzuwirken, das sehen wir wie Sie - durchaus als einen anzustrebenden Wirkungsbereich.

„Barrierefreiheit geht alle an“ – Planungsbeteiligung - ein Erfahrungsbericht.

Michael Müller, CBF Darmstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn möchte ich meinen Verein und mich kurz vorstellen, damit Sie besser einschätzen können, warum mir der Beteiligungsaspekt so ein großes Anliegen ist.

Vorstellung

Der Club Behinderter und ihrer Freunde in Darmstadt (CBF-Darmstadt) ist ein besonderer Verein. Bei uns können Menschen mit jeder Behinderung und auch Menschen ohne Behinderung Mitglied sein. Gegründet wurde der Verein vor etwa 40 Jahren und ich arbeite fast die Hälfte dieser Zeit in unterschiedlichsten Funktionen mit. Was heute Inklusion genannt wird, war Gründungsgedanke des CBF: Das selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung. Unser Verein hat heute etwa 100 Mitglieder – ist also eher ein kleiner Verein. Wir finanzieren uns vollständig aus eigenen Mitteln.

Wie machen wir das? Das älteste Geschäftsfeld des CBF ist die Individuelle Schwerbehindertenassistenz. In diesem Bereich war auch ich viele Jahre tätig. Dabei begleiten die Kollegen Menschen mit Behinderungen durch den Alltag und verhindern z.B. so, dass junge Leute in Altenheimen untergebracht werden müssen und stattdessen einem Studium nachgehen können.

Der CBF organisiert aber auch Schulassistenzen. Hier begleiten die Mitarbeiter des CBF Kinder und Jugendliche in den Unterricht. Durch diese intensive Betreuung kann vermieden werden, dass z.B. verhaltensauffällige Kinder mit Medikamenten ruhig gestellt werden.

Viele von Ihnen kennen den CBF vielleicht auch schon aus einem ganz anderen Grund. Wenn sie nämlich einen CBF-Euro Schlüssel bei uns bestellt haben. Mit ihm kann man Toiletten und andere für Menschen mit Behinderungen relevante Einrichtungen schließen.

Außerdem tritt der CBF als politischer Interessenvertreter auf kommunaler und auf Landesebene auf.

Und schließlich – und das führt mich hierher – hat der Verein auch die Behindertenbeauftragung der Stadt Darmstadt für den Bereich Bauen und Mobilität erhalten. Diese Funktion fülle ich gemeinsam mit einem Kollegen aus.

Abb. 1: Club-Haus CBF Darmstadt

Zu den Aufgaben der Behindertenbeauftragung gehört die Beratung der Stadt und unseres ÖPNV-Unternehmens beim barrierefreien Ausbau der Haltestellen. Unsere Stellungnahmen dienen dabei auch der Bewilligung von Fördermitteln des Landes.

Wir beraten bei Straßenbaumaßnahmen, sowie Hochbaumaßnahmen der Stadt, des Landes und Privater. Dies sind ganz ähnliche Aufgaben, wie sie auch das DIPB ausfüllt.

Darüber hinaus habe ich viel Freude an einer Lehrbeauftragung an der Hochschule Darmstadt und an der Mitarbeit in Richtlinien Ausschüssen des VDI zur Weiterentwicklung der Richtlinie 6008. Und manchmal halte ich auch einen Vortrag.

Sieht man sich die Schlüsselsätze des Einladungsflyers an wird deutlich, dass es in dieser Veranstaltung vorrangig um Kommunikation gehen soll. Darum werde ich mich in meinem Vortrag auf diesen Aspekt konzentrieren und den Aspekt der Netzwerkbildung vernachlässigen.

Wer ist zu beteiligen und warum?

In Beteiligungsrunden können Menschen mit Behinderungen durch sehr unterschiedlich legitimierte, befugte und ausgestattete Personen vertreten sein:

Behindertenbeauftragte des Landes und des Bundes oder der Kommunen

- Arbeitskreise
- Behindertenbeiräte
- Mitarbeitervertreter
- Selbsthilfe- Verbandsvertreter

- Einrichtungsbeiräte

Wichtig bei der Auswahl der zu Beteiligenden ist, dass darunter Personen sind, die für einen größeren Kreis von Betroffenen sprechen können. Dennoch können auch Stellungnahmen einzelner Personen sehr nützlich sein. Sachverständige für Barrierefreiheit sind keine Behindertenvertreter. Auf ihre Rolle komme ich später noch zu sprechen.

Es gibt viele Gründe, die für die Beteiligung von Behindertenvertretern an Planungen sprechen. Einer davon sind sicher Gesetze. So finden sich etwa im Behindertengleichstellungsgesetz des Landes Baden-Württemberg Vorgaben zur Beteiligung von Menschen mit Behinderungen.

Hier zeige ich den §3 (2) Ihres Behindertengleichstellungsgesetzes. Er enthält die hinlänglich bekannte Definition der Barrierefreiheit. Sie wird darin als Eigenschaft einer Sache beschrieben. Aus Ihrer Sicht stellt sich die Barrierefreiheit aber vielleicht eher als Planungsaufgabe dar. Der Hessische Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention nennt die Barrierefreiheit einen Prozess – einen „Prozess, in dem planerisches Expertenwissen mit den Erfahrungen der Menschen mit Behinderungen verzahnt werden muss“.[5] (Hier sind wir wieder beim Beteiligungsaspekt). Juristen beschreiben die Barrierefreiheit als Prognose. Im Planungszustand wird prognostiziert, auf welche Weise ein Bauwerk einem möglichst

5 Hessisches Sozialministerium (Hg.): Hessischer Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Wiesbaden 2012, S.39.

großen Kreis an Nutzern zugänglich gemacht werden kann.[6] Und aus Sicht des CBF ist Barrierefreiheit eine Gesellschaftsvereinbarung, wie viel Inklusion man sich leisten und ansehen möchte.

Die Eigenschaft einer Sache, eine Aufgabe, ein Prozess, eine Prognose oder eine Gesellschaftsvereinbarungen: Barrierefreiheit ist ein weit streuendes Ziel, dem Ingenieure alleine kaum gerecht werden können. Es gibt aber eine sehr einfache Methode, mit der es doch gelingen kann: Beteiligung. Neben den bereits erläuterten, sprechen noch weitere Gründe für die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Planungsprozessen:

1. Beteiligung ist in vielen Gesetzen und Vorschriften gefordert.
2. Sie hilft, das sehr weit streuende Ziel der Barrierefreiheit zu erfüllen.
3. Immer dann, wenn von den Regellösungen der Normen abgewichen werden soll, lassen sich unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen praktikable und wirtschaftliche Lösungen finden.
4. Unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen können Planer Verantwortung abgeben und Fehler vermeiden.
5. Gleichzeitig können sie ihre größten Kritiker zu Verbündeten machen und Planungssicherheit schaffen.
6. Wenn es gelingt, dies gut bekannt zu machen, kann Beteiligung einem Projekt auch eine gute Außenwirkung verschaffen.

6 Welti, Felix: Barrierefreiheit als Rechtsbegriff. In: Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (Hg.): Tagungsband zur Tagung „Rechtliche Instrumente zur Durchsetzung von Barrierefreiheit“ 08. bis 09. November 2012 Kassel, Kassel 2013. http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-410-0.volltext.frei.pdf

Doch wenn dies alles nicht wäre, gäbe es einen wichtigen Grund, der für Beteiligung spricht: Beteiligung kann wirklich viel Spaß machen!

Als Beispiel hierfür möchte ich Bilder aus einem Projekt zeigen, das wir mit dem Landesmuseum Darmstadt gerade bearbeiten. Dabei geht es um die Entwicklung von Tastmodellen, die blinden Menschen Gemälde erschließen sollen. Dabei brachten wir blinde Personen und Mobilitätstrainer mit den Schülern der Elfenbeinschnitzer-Schule in Erbach zusammen. Und wie Sie auf den Bildern sehen, hat diese Zusammenarbeit nicht nur schöne Werkstücke hervorgebracht, sondern auch viel Spaß.

Abb. 2: Gemeinsam Tastmodelle Entwickeln

Der Vortrag könnte an dieser Stelle zu Ende sein. Hätte ich nicht vor einigen Wochen einen Workshop in einem andern Bundesland zum Thema Blindenleitsysteme gehalten und dabei festgestellt, dass vielen der dort anwesenden Behördenmitarbeitern die Leit- zu Leid-Systemen geworden waren – Der Grund dafür waren misslungene Beteiligungsprozesse. Mich hat das sehr beschäftigt und ich habe mich gefragt, wie es soweit kommen konnte. Dabei fiel mir auf, dass in den Fällen, in denen der CBF nicht als Vermittler sondern als Selbsthilfevertreter auftritt, Beteiligungsgespräche auch schon weniger harmonisch abgelaufen waren. Wenn man dann beginnt darüber nachzudenken, wundert man sich fast, dass Beteiligung überhaupt gelingen kann, denn zunächst einmal trennt Planer und Behindertenvertreter viel:

1. Zwischen Planern und Behindertenvertretern steht zunächst einmal ein großes Informationsgefälle.
2. Darüber hinaus sind Planer meist nicht behindert und ihnen ist die Lebenswelt von Menschen mit Behinderungen fremd ...
3. … und so kommt ihnen die Barrierefreiheit oft wie ein Fremdkörper vor, der sich in eingespielte Routinen drängt.
4. Wenn sich Behindertenvertreter und Planer dann im Beteiligungsgespräch gegenüber treten, blicken sie nur auf sich und ihr Ziel: Einerseits die Barrierefreiheit, andererseits die Umsetzung eines lange zuvor vereinbarten Planungszieles.

Dieser Gegensatz wird umso stärker, desto später die Behindertenvertreter einbezogen werden. Doch zu jedem dieser Probleme (und die Auflistung ist sicher nicht vollständig) gibt es Lösungen:

1. Das Informationsgefälle ist mit einem fairen Informationsverhalten der Planer zu überwinden.
2. Durch bewusst herbei geführte Perspektivwechsel kann man die Lebenswelt des Gegenübers besser verstehen und Konflikte entschärfen.
3. Wenn sich Planer und Behindertenvertreter offen zu neuen Lösungsansätzen zeigen, lässt sich die Barrierefreiheit leichter in die Baukultur integrieren.
4. Behindertenvertreter und Planer sollten sich bewusst sein, dass zu einer guten Gesprächsführung auch eine bewusst angewandte Gesprächstechnik gehört.

Diese Punkte sollen den weiteren Vortrag gliedern.

Fair informieren

Planer haben eine passende Ausbildung, sind schon lange mit Projekt vertraut, verfügen über Informationen, die den Behindertenvertretern nicht zugänglich sind. Es ist wichtig, dass der Planer diesen gewaltigen Vorsprung nicht ausnutzt. Wichtige Aspekte eines fairen Informationsverhaltens sind:

1. Mitteilung der relevanten Informationen (Interessensperspektive berücksichtigen)
2. Wichtige Unterlagen bereits vor dem Gespräch zusenden
3. Informationen ggf. barrierefrei anbieten

Als Beispiel hierfür möchte ich unser Projekt im Staatstheater Darmstadt zeigen. Wir haben dafür viele Auszeichnungen erhalten – vorwiegend für das gelungene Design. Was nie ganz verstanden wurde war, dass das gute Aussehen unseres Leitsystems eigentlich nur er Nebeneffekt eines sorgfältigen Beteiligungsvorganges war.

Abb. 3: Staatstheater Darmstadt

Kommunikation war bei diesem Projekt schon deswegen ein wichtiges Thema, weil sich gleich 4 Prozessbeteiligte abstimmen mussten:

- Das Staatstheater
- Der Blinden- und Sehbehindertenbund
- Der Hersteller der Indikatoren
- Der CBF

Jeder Beteiligte trug dabei sehr spezifische Interessen in das Projekt.

Gegenüber den Mitarbeitern des Staatstheaters wollten wir mit Hilfe von Fotomontagen frühzeitig anschaulich machen, wie sich der Eingriff in ihr Gebäude auswirken würde. Dabei waren nicht nur Baufachleute unsere Ansprechpartner. Der Vergleich mit den Fotos zeigt, dass dies auch ganz gut gelungen ist.

Mitglieder des Blindenbundes suchten wir an ihren Arbeitsstellen auf und verklebten dort Bodenindikatoren mit beidseitigem Klebeband auf ähnlichen Böden. Mitarbeiter der Selbsthilfe stehen heute nämlich vor der Problematik, dass sie die Masse der an sie herangetragenen Beteiligungsangebote kaum noch bewältigen können. Wir setzen uns darum schon seit längerem für Honorare für diese Beratungstätigkeiten ein. Wenn wir nicht in der Lage sind, diese zu bezahlen, versuchen wir wenigstens den Aufwand zur Stellungnahme möglichst klein zu halten.

Abb. 4: Staatstheater Darmstadt: Bodenmarkierungen

Dem Hersteller der Bodenindikatoren (der auch die Verlegearbeit übernahm) boten wir aufwändige Planzeichnungen an, die wir aber auch taktil umsetzten, damit sich die blinden Experten gut in den Trassierungsentwurf einbringen und kontrollieren konnten.

Bei der Gestaltung der Ausstellungstafeln wollten wir die Kommunikationskultur blinder Menschen wertschätzend zum Bestandteil unserer Präsentation machen. Neben Fotos

und Schwarzschrift verwendeten wir darum auch Messingschilder mit Braille-Beschriftung, Audio-Rekorder und Proben der Bodenindikatoren.

Abb. 5: Staatstheater Darmstadt: Wettbewerbstafeln

Perspektivwechsel

Häufig machen sich die Beteiligten eines Beteiligungsprozesses die Lage des Gegenübers nicht hinreichend gegenwärtig. In jedem Fall sollten sich beide Seiten

einmal kurz die Frage stellen: „Wie würde ich mich in der Situation des Anderen verhalten?“

Da sind einerseits die Planer, die oft unter einem hohen Verantwortungs- und Zeitdruck stehen. Doch auch Behindertenvertreter treten in den Beteiligungsprozess mit einem Hintergrund ein. Mögliche Aspekte davon, möchte ich hier kurz umreißen.

Nicht-behinderte Personen können sich von der Perspektive von blinden Menschen zumindest eine vage Vorstellung machen, wenn sie eines der Dialogmuseen aufsuchen, in denen man von einem blinden Guide durch absolut dunkle Räume geführt wird. In Selbsterfahrungsexkursionen kann man sich einen Eindruck vom Rollstuhlfahren verschaffen. Wir (der CBF) organisieren häufig solche Perspektivwechsel für Studenten und Behördenmitarbeiter. Dabei können wir beobachten, dass die meisten Teilnehmer eine solche Erfahrung als sehr bereichernd empfinden. Auch Filme können in der Auseinandersetzung mit Behinderung helfen. Am besten ist es aber, sich einfach miteinander zu unterhalten.

Wenn man sich mit Menschen mit Behinderungen in einen Beteiligungsprozess begibt, sollte man sich auch klar machen, dass man mit einer immer noch stark diskriminierten Personengruppe spricht: So ist beispielsweise der Brandschutz für Menschen mit Behinderungen in den meisten Bundesländern über die Technischen Baubestimmungen außer Kraft gesetzt.[7] Der Denkmalschutz drängt sich noch

7 IS-ARGEBAU (Hg.): Muster-Liste der Technischen Baubestimmungen Fassung Juni 2015, S. 38.

regelmäßig vor die Belange der Barrierefreiheit.[8] Den wenigsten ÖPNV-Unternehmen gelingt es, wirklich barrierefreie Einstiegsmöglichkeiten zu schaffen.[9] In Behindertenfahrzeugen ist die Anbringung von Kopfstützen noch immer nicht verpflichtend[10] und die UN-Behindertenrechtskonvention bleibt noch weitgehend unangewandt. Barrierefreiheit ist kaum verbindlich einzufordern.[11]

Doch selbst wenn dem nicht so wäre, unterscheiden sich die Wahrnehmungs-Welten von Menschen mit und ohne Behinderungen stark. Ein typisches Beispiel hierfür ist der alte Konflikt zwischen Planern und Behindertenvertretern um Behinderteneingänge. Viele Planer sind immer noch der Ansicht, dass die eigentlich ganz in Ordnung sind. Aus Sicht der Behindertenvertreter sind Behinderteneingänge nicht inklusiv und aus Erfahrung wissen sie, dass sie nie funktionieren. Ich persönlich wundere mich darüber, wenn ich gerade Architekten erklären muss, welche Botschaft ein Gebäude sendet, das einen Teil der Nutzer nur über kleine, dunkle Nebeneingänge einlässt. Im Folgenden möchte ich Ihnen eine wahre Geschichte zu einem Behinderteneingang erzählen.

---

8 z.B. barrierefrei.de: „Die Gesetzgebung zum Denkmalschutz geht derzeit kaum auf die Bedürfnisse der Nutzer ein, die im höheren Lebensalter und bei Behinderung persönlich Beschränkungen ausgesetzt sind und bauliche und technische Anpassungsmaßnahmen benötigen. “

9 Selbst bei neuen Niederflurhaltestellen erreichen die OPNV Unternehmen nicht das geforderte Spaltmaß von 5 cm horizontal / 5 cm vertikal an den Einstiegen.

10 Weder die Straßenverkehrsordnung noch eine zutreffende Berufsgenossenschaftliche Vorschrift legen Maßnahmen zum Insassenschutz in Behindertentransportkraftwagen (BTW)
fest. In der DIN 75078-2 werden zwar Rückhaltesysteme in BTV beschrieben. Die inhaltlichen Anforderungen daran wurden aber nicht definiert.

11 siehe Aichele, Valentin: Die UN-Behindertenrechtskonvention in der gerichtlichen Praxis, in: Anwaltsblatt 10/2011

Es geht um ein großes Tagungsgebäude mit vier Eingängen: Einem Haupteingang, einem zweiten Haupteingang, der direkt in den ersten Stock des Hauses führt. Einem Behinderteneingang und einem Seiteneingang. In diesem Gebäude fand eine Ausstellung statt, die über den zweiten Haupteingang und dessen Treppe erschlossen wurde. Direkt neben dieser Treppe befindet sich der Behinderteneingang. Ein Rollstuhlfahrer hätte genau wie ein Fußgänger von einem beliebig gewählten Punkt etwa 8 m, bis er im Trockenen wäre (Der Fußgänger wäre dann im Foyer der Ausstellung, der Rollstuhlfahrer müsste noch den Aufzug nutzen). Eine Rollstuhlfahrerin, wollte sich die Ausstellung ansehen und begab sich deswegen zum Behinderteneingang. Dort stellte sie fest, dass der Türtaster nicht funktionierte. Also begab sie sich zum Haupteingang und sprach eine Dame an der Rezeption darauf an. Die sagte, sie wüsste dies. Der Taster sei schon lange defekt. Das wäre aber egal, weil den Behinderteneingang ja nie jemand benutze und weil für die Ausstellung ohnehin der Seiteneingang als Behinderteneingang genutzt würde. Sie solle sich doch bitte dorthin begeben. Der Seiteneingang stellte sich dann tatsächlich als würdiger Behinderteneingang heraus, denn auch bei ihm war die Tür nicht zu öffnen. Also fuhr die Rollstuhl fahrende Dame wieder zurück zur Rezeption. Diesmal begleitete sie die nette Frau an der Rezeption auf dem Weg zum Seiteneingang und schloss ihr die Tür auf (Der Eingang war nämlich nicht kaputt, sondern nur abgeschlossen). Leider hatte nun die letzte Führung bereits begonnen und eine Teilnahme war nicht mehr möglich. Also fuhr die Rollstuhlfahrerin wieder nach Hause. Zuvor begab sie sich aber noch einmal an die Rezeption und kündigte Ihr Kommen für den nächsten Tag an. Gleichzeitig bat sie die Mitarbeiterin des Hauses, die Tür unverschlossen zu halten. Natürlich war die Tür am nächsten Tag dann doch verschlossen, so dass wieder die Rezeption aufgesucht werden musste. Zum Schluss hatte die Dame im Rollstuhl statt

8 m etwa 360 m zurücklegen müssen – also den fünfundvierzigfachen Weg eines Fußgängers – die zusätzliche An- und Abreise nicht mitgerechnet.

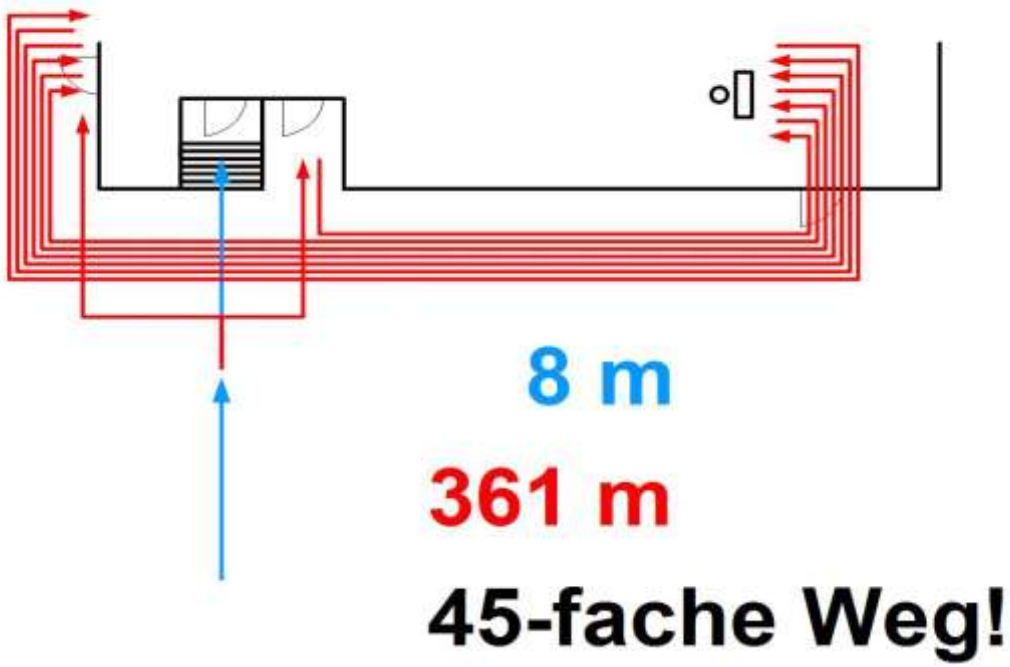


Abb. 6: Zur Nützlichkeit von Behinderteneingängen

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen muss man sich nicht wundern, wenn Vorschläge Behinderteneingänge einzurichten, nicht begeistert aufgenommen werden.

Neue Lösungen

Beide Seiten sollten zu neuen Lösungen bereit sein. Auf Seiten der Behindertenvertreter bedeutet dies, dass sie Offenheit für schutzzielerfüllende

Lösungen zeigen müssen, die nicht ausdrücklich als Beispiele in den Normen aufgeführt sind. Doch auch Planer müssen Bereitschaft und Interesse zeigen, vorhandene Lösungen zu verbessern und neue Lösungen zu wagen.

Gerade im Bereich der Orientierung sind noch viele Fragen ungeklärt. Wie lassen sich z.B. Blindenleitsysteme in die allgemeinen Orientierungssysteme und die Innenarchitektur integrieren. Wie nutzt man Bodenindikatoren im Straßenraum so, dass die Fußgängerbereiche nicht überfrachtet wirken.

In der Barrierefreiheit kann noch viel erfunden werden. Ich zeige Ihnen dazu ein Beispiel aus meinem Seminar an der Hochschule Darmstadt im Fachbereich Architektur. Die Studenten empfanden klassische Blindenleitsysteme aus Rippen und Noppen eher als integrativ, denn als inklusiv, wie sie in einer Grafik schön veranschaulichten. Sie zeichneten darum auf dem größten Platz des Campus die Gehspuren ihrer Kommilitonen auf und entwickelten daraus ein „Bewegungsmuster“. Daran richteten sie die einzelnen Platten eines von ihnen entworfenen Bodenmosaiks aus. Dabei gaben sie auch eine Verlegweise vor, mit der sie die Taktilität der Struktur sichern wollten. Ich weiß nicht ob das wirklich funktionieren würde, aber das erscheint mir bei einem Studenten-Entwurf auch nicht so entscheidend. Wichtiger ist, dass die Studenten ein Thema der Barrierefreiheit auf empathische Weise aufgegriffen haben, in ihre Sprache übersetzten und ihm dadurch eine neue Qualität gaben. In einem wirklichen Projekt wäre der nächst Schritt sicher gewesen, die Taktilität und die Entwässerungseigenschaften zu testen.

Vielen Menschen fällt die Orientierung im ÖPNV schwer. Besonders häufig vernachlässigt werden dabei die Interessen von Menschen mit kognitiven Behinderungen. Ein interessantes Beispiel ist ein Konzept aus Reutlingen, dass wir auch gerne auf unser ÖPNV-Netz in Darmstadt übertragen würden. Dabei wurden den Endhaltestellen Piktogramme zugewiesen und konsequent in Fahrplänen und Beschilderungen aufgegriffen.

Gesprächstechnik.

Friedemann Schulz von Thun ist ein deutscher Psychologe und Kommunikationswissenschaftler, der ein Modell zum besseren Verständnis von Gesprächsabläufen entwickelt hat.[12] Vorzug des Modelles ist unter anderem, dass es emotionale Vorgänge sehr rational (und damit verständlich) aufschlüsselt. Herr von Thun ist der Ansicht, die Menschen hätten besser vier Ohren. Das sähe zwar ziemlich blöd aus – wäre aber (seiner Ansicht nach) praktisch.

Denn nach Herrn von Thun hat jede Nachricht 4 Ebenen:

1. Auf der Sach-Ebene teilt man die schlichte Sachinformation mit.
2. Auf der Beziehungsebene stellt sich der Sprecher in Bezug zum Angesprochenen.
3. Die Selbstoffenbarungsebene bildet die Motivation des Sprechers ab, sich zu äußern.
4. Die Appell-Ebene enthält die Information, welche Reaktion der Sprecher vom Angesprochen erwartet.

12 Schulz von Thun, Friedemann: Miteinander reden 1-3, Hamburg 1981.

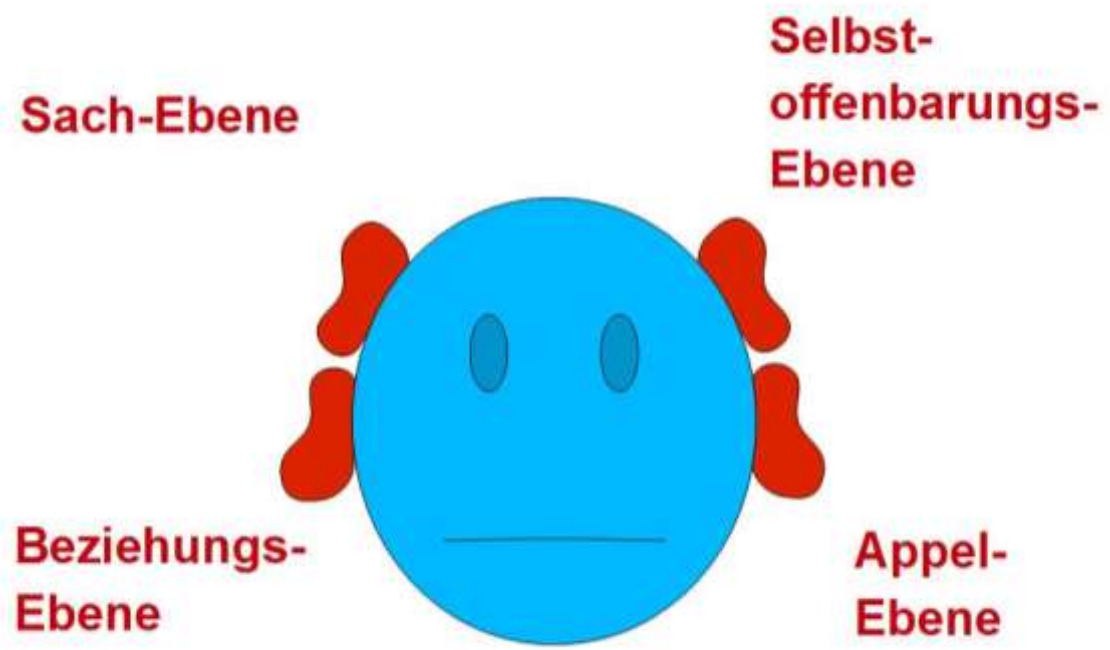


Abb. 7: Die 4 Ebenen einer Botschaft nach Friedemann Schulz von Thun

Wenn die gesendeten Informationsebenen in der richtigen Gewichtung und in den richtigen Ohren ankommt, ist alles gut. Doch oft klappt das nicht. Ein Beispiel[13]:

Traditionelle Rollenverteilung: Sie hat gekocht. Er soll es essen. Noch bevor er das Essen anrührt stellt er fest: „Da ist was Grünes im Essen." Auf der Sachebene möchte er ihr mitteilen: „Da ist was Grünes im Essen". Auf der Beziehungsebene: „Du wirst

13 Beispiel frei nach Schulz von Thun, Friedemann: Miteinander reden 1-3, Hamburg 1981, Bd. 1, S. 68-69.

wissen, was das ist“. Auf der Selbstoffenbarungsebene: „Ich weiß nicht was das ist“. Auf der Appell-Ebene: „Sag mir bitte was das ist“.

Sie hört aber etwas Anderes. Auf der Sach-Ebene geht noch alles gut: „Da ist was Grünes im Essen“. Auf der Selbstoffenbarungsebene versteht sie aber: „Ich vertraue Dir nicht so ganz“. Auf der Appell-Ebene: „Lass das Grüne zukünftig weg“. Am lautesten hört sie jedoch die Beziehungsbotschaft und in der heißt es nach ihrer Wahrnehmung: „Du bist eine schlechte Köchin“. Auf die recht unschuldige Bemerkung: „Da ist was Grünes im Essen“ erhält er darum die Antwort: “Dann koch halt selbst“.

Abb. 8: Beispiel einer misslungenen Kommunikation nach Friedemann Schulz von Thun

An diesem Beispiel kann man viel für Beteiligungsgespräche lernen. Es zeigt z.B. dass inhaltlich offen gesendete Botschaften dem Gegenüber Spielraum geben, sie mit eigenen Vorstellungen zu ergänzen. Hätte der Man gefragt: „Das Essen riecht sehr gut. Was ist denn das Grüne da?“ hätte er für eine positive Grundstimmung gesorgt und gleichzeitig den Spielraum für Missverständnisse verringert. Denn offenbar ist ein großer Teil der Nachricht die wir empfangen – und das ist die zweite Erkenntnis - selbst ausgedacht. Es lohnt also, sich selbst in einem Gespräch auch etwas zu misstrauen. Drittens neigen die meisten Menschen dazu, Inhalte mit einer negativen

Konnotation zu ergänzen. Wahrscheinlich weil häufig Befürchtungen stärker als Hoffnungen sind. Tatsächlich ist es aber genauso wahrscheinlich, dass eine Nachricht positiv wie auch negativ gemeint war. Da es aber konstruktiver ist, vom ersten Fall auszugehen, kann man sich aufgrund dieser Einsicht auch positiv programmieren. Das wäre die vierte Erkenntnis. Verstehen Sie sich also nicht nur als Teilnehmer der Unterhaltung sondern beobachten sie sich und ihr Gegenüber im Gespräch.

Will man aus alledem ein Resümee ziehen, kommt man nicht umhin die Professionalisierung des Beteiligungsprozesses zu fordern.

Die rechtzeitige Aufstellung eines Konzeptes Barrierefreiheit kann ein wichtiger Schritt hierzu sein. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit hat hierzu einen Leitfaden entwickelt, der auch sehr gut auf Landes- oder auf private Projekte übertragbar ist.[14] Das Konzept hilft, Barrierefreiheit aber auch Beteiligung systematisch in die Planungsabläufe zu integrieren. Darin wird unter anderem eine Plangrafik vorgeschlagen, die auch für Laien sehr anschaulich ist.

Ein weiterer Schritt zur Professionalisierung kann das Hinzuziehen von Sachverständigen für Barrierefreiheit sein. Diese können die barrierefreie Aufbereitung von Information übernehmen. Aus anderen Projekten können sie Erfahrungen und vor allem Maßstäbe in das Projekt tragen, sowie beide Seiten fair beraten. Ihre wichtigste Aufgabe ist aber die Dokumentation der Absprachen.

14 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit (Hg.): Leitfaden Barrierefreies Bauen, Berlin 2014. http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pools/Broschueren/barrierefreies_bauen_leitfaden_bf.pdf

Das Gelingen von Beteiligung wird wahrscheinlicher wenn:

… relevante Information fair und barrierefrei zugänglich gemacht wird.

… die Perspektive des Gegenübers anerkannt wird.

… Offenheit zu neuen Lösungen besteht.

… der Gesprächsverlauf nicht dem Zufall überlassen wird.

… der Beteiligungsvorgang sorgfältig dokumentiert wird.

Bei gleichem Ergebnis ist die Maßnahme die bessere, die unter Beteiligung entstand. Besonders bei Abweichungen von den Norm-Lösungen kann die Beteiligung sogar die eigentliche Qualität der Maßnahme darstellen:

„Die Rechtskontrolle über Barrierefreiheit kontrolliert also, ob die Prognose [im Sinne von Planung] auf die richtige Art und Weise durchgeführt wurde“[15]

Aus Sicht des CBF kann dies nur unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen der Fall sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

15 Welti, Felix: Barrierefreiheit als Rechtsbegriff. In: Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (Hg.): Tagungsband zur Tagung „Rechtliche Instrumente zur Durchsetzung von Barrierefreiheit“ 08. bis 09. November 2012 Kassel, Kassel 2013, S.26. http://www.uni kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-410-0.volltext.frei.pdf

Die Foren

Die Foren des Nachmittags sollen Antworten auf die drei grundlegenden Fragen finden: „Wie fördere ich Barrierefreiheit?“

„Wie lassen sich die Interessen aller Beteiligten umsetzen?“

„Wie unterstütze ich den Kommunikationsprozess?“

Die Ergebnisse werden nachfolgend – ohne weitere Kommentierung – aufgelistet.

Forum 1 Wohnen geeigneter Wohnraum für alle

- Barrierefreiheit braucht Kompetenz bei Bauherren, Planern, Ämtern und Handwerk
- Wohnbaufördermittel für Neubau und Bestand im öffentlichen und privaten Bereich müssen gefördert werden, auch für Barrierefreiheit
- Förderung von Barrierefreiheit darf nicht durch Flüchtlingsthemen vom Tisch gewischt werden
- Bürgerbeteiligung fördern
- Einhaltung der Norm ist wichtig, Flexibilität ist auch wichtig: neue Modelle wagen
- Barrierefreiheit ist mit Einhaltung der LBO-Quote nicht ausreichend
- Handwerker einbinden (bauen im Bestand, das private Haus wird nicht von Architekten umgebaut, sondern von den Handwerkern)
- Projekte anstoßen, Kooperationspartner finden
- Bürger über Förderung informieren

v.l.: Ursula Frenz (Städtetag BW); Alice Kaiser (Bürgerbeauftragte), Oliver Appel (DIPB)

Forum 2 Mobilität bauliche Gestaltung der Haltestellen, Schnittstellen, Wegeführungen, Orientierungssysteme“

- Barrierefreiheit darf nicht an finanziellen Einschränkungen scheitern
- zusammenhängende Mobilitätsketten
- Insellösungen helfen wenig
- Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- es ist noch einiges zu tun
- in den kommenden Jahren reichen die Finanzmittel für Barrierefreiheit nicht aus
- Barrierefreiheit braucht Expertise
- mit ins Studium aufnehmen
- Schulungen und Qualifizierung
- es fehlt an finanzieller Unterstützung
- UN Behindertenrechtskonvention
- Barrierefreiheit in allen Gesellschaftsbereichen ist Voraussetzung für eine humane Teilhabe-gesellschaft
  Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
  derzeit in Novellierung
  165 Millionen von Bund an das Land
  Mittel werden nicht aufgestockt
  sollen auch noch Barrierefreiheit finanzieren

- Auch Hilfsmittel haben sich weiterentwickelt
- Mobilitätstraining
- Rollatoren und E-Mobile müssen ÖPNV tauglich sein
- wir brauchen künftig klare Regeln

- Deutsche Bahn: Hilfsmittelkatalog
- Hinweis an Kostenträger, dass nur Hilfsmittel gefördert werden, die auch ÖPNV-fähig sind

v.l.: Dr. Annette Albers (VRS), Dr. Markus Rebstock (FH Erfurt), Ulrich Weber (VDV), Karlheinz Schneider (BBSV)

Forum 3 Öffentlicher Raum Steigerung der Aufenthaltsqualität

- Barrierefreiheit ist nicht nur rollstuhlgerecht;
  Öffentlicher Raum soll so gestaltet werden, dass er von allen Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten genutzt werden kann;
  Barrierefreiheit steigert die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums;
  Konfliktbereich Sharedspace – Menschen insbesondere mit Seheinschränkungen fehlen wahrnehmbare Kanten, die die Verkehrsbereiche trennen, Kommunikation mittels Blickkontakt ist nicht möglich;
- fehlende Kontrolle auf Barrierefreiheit;
  Barrierefreiheit muss verstärkt Bestandteil in der Ausbildung von Architekten, Landschaftsplanern usw. sein;
  Barrierefreiheit ist als Aufgabenstellung zu definieren;
  Prüfung der Baupläne auf Barrierefreiheit ist erforderlich;
  Flexibilität bei der Planung im Bestand bezüglich Barrierefreiheit (z.B. im Naturraum, wenn Rampensteigungen von 6% nicht möglich sind, aus gestalterischen Gründen Alternativen zu Bodenindikatoren ermöglichen)?
  Dokumentation der Absprachen über die zu treffenden Maßnahmen zur Erlangung von Barrierefreiheit;
  Überbeanspruchung des ehrenamtlichen Engagements neben einer beruflichen Tätigkeit;
  Rechtliche Situation bei nicht normgerechten Maßnahmen (Unfälle auf Rampen mit mehr als 6% Steigung);
- Wunsch nach früher Einbindung;
  Bei Beteiligungsprozessen sind Vertreter von Menschen mit Behinderungen von Anfang an einzubinden (z.B. Stuttgart, Umgestaltung Hospitalviertel);

Scheint bislang noch nicht üblich zu sein;
Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sind Sprachrohr, sie haben die Kontakte zu den Vertretern von Menschen mit Behinderungen;
Einbindung von Menschen mit Behinderungen in Fortbildungsveranstaltungen (Vertreter in eigener Sache);
Kontakte zwischen Gemeinderat und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen;
Austausch über Fragen zur Barrierefreiheit zwischen den Fachämtern;
Kommunikation zwischen den Verbänden von Menschen mit Behinderungen;

v.l.: Johann Senner (Landschaftsarchitekt), Peter Pätzold (Bau BM Stuttgart), Michael Müller (CBF)

Fazit

Neue Antworten auf neue Fragen? Mit Sicherheit nicht. Es sind die alten Probleme. Das Ziel der Tagung ist aber dennoch erreicht. Den Dialog zwischen allen Beteiligten fördern. Dass dies keine Luftnummer bleibt, liegt nun an allen.

Der DIPB wird weiterhin versuchen, das Netzwerk auszubauen, um eine attraktive Plattform des Miteinanders darzustellen. Wir wollen weiterhin ein kompetenter Gesprächspartner sein, um von einer barrierefreien Gestaltung zu überzeugen.

Wir werden den Prozess Barrierefreiheit mit Ihrer Unterstützung vorantreiben. Wir planen für 2016 eine Fortbildung und werden versuchen, die zweite Landestagung „Barrierefrei vor Ort“ zu organisieren.

v.l.: Oliver Appel (DIPB) mit Michael Müller (CBF) und Markus Rebstock (FH Erfurt)

Impressum

Projektpartner

Geschäftsstelle des Beauftragten des Landes Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen — LBB BW

Kommunalverband für Jugend und Soziales B-W — KVJS

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe — LAG-S

Architektenkammer Baden-Württemberg — AKBW

Dachverband Integratives Planen und Bauen e.V. — DIPB

Referenten

Gerd Weimer
Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Schellingstraße 15, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711-123-3543
Email: Poststelle@bfbmb.bwl.de

Helmut Müller
Dachverband Integratives Planen und Bauen e.V.
1. Vorsitzender
Eugenstraße 42, 70794 Filderstadt
Telefon: 0711-706336 Email: info@dipb.de

Oliver Appel
Dipl. Ing. (FH) Architekt
Sachverständiger für barrierefreies Planen
Dachverband Integratives Planen und Bauen e.V.

Michael Müller
Dipl.-Ing. Sachverständiger für barrierefreies Planen
Lehrbeauftragter Hochschule Darmstadt

Club Behinderter und ihrer Freunde Darmstadt e. V.
Behindertenbeauftragter der Stadt Darmstadt
für barrierefreies Bauen und Mobilität
Flotowstraße 23, 64287 Darmstadt
Telefon: 06151/6791585
Email: michael.mueller@cbf-darmstadt.de

Foren

Forum 1	Wohnen
Oliver Appel	Moderation
	s.o.
Ursula Frenz	Diplom-Sozialarbeiterin
	Fachberaterin in der Kommunalen Beratungsstelle
	Inklusion, Städtetag Baden-Württemberg
Alice Kaiser	Architektin
	Bürgerbeauftragte der Stadt Stuttgart für Stuttgart 21
Forum 2	Mobilität
Dr. Markus Rebstock	Moderation
	Dr. phil. Dipl. Geographie
	Institut Verkehr und Raum der Fachhochschule Erfurt.
Karlheinz Schneider	Wirtschaftspädagoge, Mannheim
	Vorsitzender des Badischen-Blinden
	und Sehbehinderten Verbandes (BBSV)
Dr. Anette Albers	Dr. Dipl.- Ing. Bauingenieur, Stuttgart
	Verband Region Stuttgart (VRS)

Ulrich Weber	Dipl. Geographie, Stuttgart, Geschäftsführer der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) -Landesgruppe Baden-Württemberg

Forum 3 Öffentlicher Raum

Michael Müller	Moderation
	s.o.
Peter Pätzold	Architekt
	Baubürgermeister Landeshauptstadt Stuttgart
Johann Senner	Freier Landschaftsarchitekt, Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA)
	Überlingen - Stuttgart – München

Moderation

Petra Klein	Südwest Rundfunk 1

Performance

Toba Borke & Pheel	Rap- und Beatboxperformance